



„Africa First“ | Die Ergebnisse des 28. AU-Gipfeltreffens

Vom 30. - 31. Januar 2017 tagten die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union (AU) in Addis Abeba. Nach einer historischen Entscheidung sind erstmals wieder alle afrikanischen Staaten Mitglied der Union. Auch die Themen Frieden und Sicherheit standen ganz oben auf der Agenda. Vor zwei Jahren beschlossen die Staats- und Regierungschefs die [Agenda 2063](#) – die überaus ambitionierte Vision der AU für ein friedliches, wohlhabendes und vereintes Afrika. Jugendarbeitslosigkeit, kriegerische Auseinandersetzungen, Korruption, schlechte Regierungsführung sowie organisierte Kriminalität sollen demnach im Jahr 2063 der Geschichte angehören. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen hingegen Zugang zu menschenwürdigen Unterkünften und umfassender politischer Mitbestimmung erhalten. Der aktuelle AU-Gipfel nahm sich weniger epochale Veränderungen vor.

Neuwahl von AU-Vorsitz und Kommission

Mit Spannung wurde die Wahl des neuen [Kommissionsvorsitzes](#) erwartet, nachdem sich die Regierungschefs beim letzten AU-Gipfel im Juli 2016 nicht auf eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten hatten einigen können. Der Druck, nun eine Person zu wählen, war dementsprechend groß.

- Neuer Vorsitzender der AU: Alpha Condé, Präsident von Guinea.
- Neuer Vorsitzender der AU-Kommission: Moussa Faki Mahamat, Außenminister von Tschad.
- Als Kommissar für Frieden und Sicherheit wurde der Algerier Smail Chergui wiedergewählt.

Rückkehr Marokkos

Für einen Paukenschlag sorgte Marokko. 33 Jahre lang war es kein AU-Mitglied. 1975 annektierte Marokko die Westsahara, ein Gebiet, dessen völkerrechtlicher Status umstritten ist. Damals votierte die Mehrheit der Mitgliedsstaaten des AU-Vorgängers, der *Organisation der Afrikanischen Einheit* (OAU), für die Anerkennung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (SADR). Daraufhin trat Marokko 1984 aus der Organisation aus. Nun stimmte die Mehrheit der Mitgliedsstaaten für die erneute Aufnahme des Landes in die Union. Die intensive Werbediplomatie des Königs in den Monaten zuvor zahlte sich aus. Die frühere Forderung, die Westsahara aus der AU auszuschließen, ließ Marokko fallen.

Die Wiederaufnahme Marokkos spaltete jedoch die AU-Mitgliedsstaaten. Dass ein afrikanisches Land ein anderes Territorium besetzt und dennoch AU-Mitglied wird, ist für viele Staaten, insbesondere für Algerien, Kenia, Nigeria und Südafrika, ein Affront. Mit Marokko erhält die AU jedoch ein Neumitglied, das ein wichtiges truppenstellendes Land für Friedenseinsätze ist. Hiervon könnten zukünftig auch AU-Friedensmissionen profitieren. Im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten ist Marokko darüber hinaus wirtschaftlich weit entwickelt und finanzstark. Des Weiteren besteht durch die Aufnahme Marokkos die Hoffnung, dass die AU-Regionalorganisation *Union des Arabischen Maghreb* wiederbelebt wird.

Reformen: Finanzierung und Institutionen

Ein Schwachpunkt der AU war stets ihre Finanzierung. Beiträge der Mitgliedsstaaten trafen oftmals verspätet oder gar nicht ein. Auf dem letzten AU-Gipfel stimmten die Mitgliedsstaaten überein, gemeinsam eine [Importsteuer in Höhe von 0,2 Prozent](#) zu erheben. Die dadurch eingenommenen Beträge sollen sowohl die AU als auch Konfliktprävention und Friedenseinsätze finanzieren. Die Erhebung der Steuer auf Importe nach Afrika war ursprünglich ab Januar 2017 geplant.

Nicht alle Länder sind bei der Einführung der Steuer jedoch so weit wie Äthiopien, Kenia, Ruanda und Tschad. Die meisten Länder haben die Abgabe noch nicht umgesetzt. Somit stockt eine der wichtigsten Reformen. Mit der Reform der AU-Institutionen befasst sich gegenwärtig der ruandische Präsident als Vorsitzender einer [Expertengruppe](#), deren Bericht bislang jedoch noch nicht öffentlich ist.

Seit einigen Jahren debattieren die Staats- und Regierungschefs auf AU-Gipfeln regelmäßig über einen kollektiven Austritt aus dem Internationalen Strafgerichtshof. Kenia, Südafrika und Burundi kündigten diesen Schritt bereits an. Obwohl jedoch auch viele afrikanische Staaten den Strafgerichtshof befürworten, wurde nun eine Erklärung beschlossen, die zum Austritt aufruft. Die Resolution ist jedoch nicht-bindend. Daher ist nicht zu erwarten, dass die afrikanischen Staaten ihre Unterzeichnung des Römischen Statuts zurücknehmen bzw. die Ratifizierung rückgängig machen werden.

Frieden und Sicherheit

Wie zu erwarten war, dominierten auch bei diesem Gipfel die Themen Frieden und Sicherheit. Insbesondere Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Libyen, Mali, Somalia, Südsudan, die Tschadsee-Region und die Zentralafrikanische Republik standen im Fokus. Um eine friedliche Beilegung des Konfliktes in Burundi bemüht sich die AU seit Längerem. Die Bemühungen waren bislang jedoch wenig erfolgreich. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen nun u. a. erneut, eine Delegation nach Burundi zu entsenden, um über einen möglichen AU-Friedenseinsatz zu sprechen. Diesen lehnt der burundische Präsident Pierre Nkurunziza bislang jedoch vehement ab.

Zehn Tage vor Beginn des Gipfels wurde Gambias Langzeitherrscher Yahya Jammeh durch hohen politischen Druck der internationalen Gemeinschaft dazu gezwungen, das Land zu verlassen, nachdem er die Präsidentschaftswahlen verloren hatte. Das Beispiel Gambia zeigt, dass die [Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur](#) Fortschritte erzielt. Mit großer Erleichterung und auch Stolz wurde Adama Barrow, der neue Präsident Gambias, begrüßt. Der Konflikt in Gambia wurde mit der Unterstützung der AU und insbesondere der *Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten* (ECOWAS) schnell gelöst.

Auch die *African Standby Force* (ASF), die schnelle Eingreiftruppe der AU gegen schwere Menschenrechtsverbrechen, ist gut zehn Jahre nach ihrer Gründung laut Aussage der AU-Regionalorganisationen einsatzbereit. Die ASF setzt sich aus drei Komponenten zusammen – einer militärischen, einer polizeilichen und einer zivilen.

Deutschlands Beitrag

Deutschland hat sich insbesondere bei der Etablierung der zivilen Komponente der ASF engagiert. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze kooperieren eng mit der AU-Kommission und den AU-Regionalorganisationen, um einen zivilen Personalpool für Friedenseinsätze der AU aufzubauen – die [African Standby Capacity](#). Seit Juni 2015 können sich afrikanische Expertinnen und Experten um die Aufnahme in den Pool bewerben.

Das AU-Motto für das Jahr 2017 lautet „Harnessing the Demographic Dividend through Investments in Youth“. Hier ergeben sich deutliche Parallelen zu einer der Hauptaussagen des Dokuments [„Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft“](#) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darin weist das BMZ darauf hin, dass auf dem afrikanischen Kontinent jährlich 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. Um dies zu erreichen, wird auch insbesondere die AU ihre Anstrengungen zur Wahrung von Stabilität, Frieden und Sicherheit intensivieren müssen. Wie auch die [afrikapolitischen Leitlinien](#) der Bundesregierung ausführen, zeigen die afrikanischen Organisationen ein großes Interesse an der Beilegung von Krisen. Dafür benötigen sie jedoch auch weiterhin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.